



Zusatzversorgungskasse
der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
Postfach 3144
32721 Detmold

Antrag auf Betriebsrente für Versicherte

Bitte nur Kopien beifügen. Unterlagen nicht klammern oder heften.

Teil A: Angaben des Antragstellers *

1. Angaben zur Person des Versicherten

.....
AZ (Aktenzeichen)

.....
Steuer-Identifikationsnummer (11 Stellen)

Name

Geburtsname

Vorname(n)

Geburtsdatum

Geburtsort

Anschrift
(Straße, Hausnummer)

.....
(Postleitzahl, Wohnort)

Telefon (freiwillig)
(Vorwahl, Rufnummer)

E-Mail (freiwillig)

* Sofern nachfolgend die Bezeichnung Antragsteller, Versicherter, Berechtigter, Ehegatte, Kontoinhaber, Vertreter, Bevollmächtigter oder Betreuer verwendet wird, umfasst dies Personen jeglichen Geschlechts.



2. Angaben zur Überweisung der Rente

Renten können nur auf ein Girokonto (kein Sparbuch) **des Berechtigten** innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums überwiesen werden.

IBAN
(bitte in 4er-Blöcken angeben)

BIC
(nur bei Zahlungen ins Ausland)

Geldinstitut, Ort

Kontoinhaber
(Bitte immer eintragen. Sofern der Kontoinhaber der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner oder der gesetzliche Vertreter ist, geben Sie dies bitte im Feld Kontoinhaber mit an.)

Als vorgenannter Kontoinhaber beauftrage ich das jeweils kontoführende Geldinstitut mit Wirkung auch meinen Erben gegenüber, Beträge, die von der ZVK überwiesen werden, mir aber infolge meines Todes – bzw. wenn ich nicht zugleich Rentenberechtigter bin, dem Rentenberechtigten infolge seines Todes – nicht mehr zustehen, an die Kasse zurückzuüberweisen, sofern ein Guthaben auf meinem Konto vorhanden ist. Damit diese Rückerstattung gewährleistet wird, trete ich meinen Anspruch auf Durchführung dieses Rückzahlungsauftrags an die ZVK ab. Sollte die Rückzahlung mangels Guthaben nicht oder nicht vollständig möglich sein, beauftrage ich das jeweils kontoführende Geldinstitut, auch mit Wirkung gegenüber meinen Erben, der ZVK Namen und Anschrift der Personen, die über den Betrag verfügt haben und ggf. neue Kontoinhaber sind, zu nennen (Entbindung vom Bankgeheimnis).

.....
Unterschrift Kontoinhaber (bei gesetzlicher Vertretung auch des Vertreters)

3. Antragstellung durch andere Person

Der Antrag wird in Vertretung des Versicherten gestellt von dem

☐ Bevollmächtigten

☐ nur der Schriftwechsel zum Renten Antrag sowie die Rentenfestsetzung soll an den Bevollmächtigten geschickt werden. (Die Vollmacht erlischt nach der Zusendung der Rentenfestsetzung.)

☐ auch über die Rentenfestsetzung hinaus soll sämtlicher Schriftverkehr an den Bevollmächtigten geschickt werden. (Eine separate Vollmacht des Rentenberechtigten über den **Wirksamkeitsbereich und den Zeitraum der Gültigkeit** muss beigelegt werden!).

☐ Betreuer (Kopie der Bestellungsurkunde beifügen).

Name, Vorname bzw.
Bezeichnung der Behörde

Anschrift
(Straße, Hausnummer)

.....
(Postleitzahl, Wohnort)

Telefon (freiwillig)
(Vorwahl, Rufnummer)

E-Mail (freiwillig)



4. Angaben zur gesetzlichen Rentenversicherung

Beziehen Sie eine Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (Deutsche Rentenversicherung oder Knappschaft) oder haben Sie eine solche beantragt? (Eine Teilrente löst keinen Betriebsrentenanspruch aus).

☐ Ja: Bitte fügen Sie eine Kopie des Rentenbescheides mit den Anlagen

- Berechnung der Rente
- Versicherungsverlauf
- Berechnung der persönlichen Entgeltpunkte
- Rente und Hinzuverdienst (sofern vorhanden)

bei.

☐ Kopien sind beigelegt

☐ Kopien werden nachgereicht

☐ Nein: Zu welchem Zeitpunkt möchten Sie – soweit die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind – die

Rente aus der ZVK in Anspruch nehmen? Ab dem

Nur wenn keine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen wird: Beziehen Sie oder haben Sie nach dem Rentenbeginn Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen oder Erwerbsersatzeinkommen (im Sinne des § 18a Abs. 3 SGB IV, z.B. Krankengeld, Übergangsgeld, Arbeitslosengeld, Verletztengeld) bezogen?

☐ Nein

☐ Ja, Nachweise sind beigelegt

☐ Ja, Nachweise werden nachgereicht

5. Angaben zur Kranken- und Pflegeversicherung

5.1 Nach den Vorschriften zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sind von den Rentenleistungen Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung zu entrichten. Wir sind daher verpflichtet, die für den Rentenberechtigten zuständige Krankenkasse zu ermitteln.

☐ Ich bin Mitglied bei einer gesetzlichen Krankenkasse/Pflegeversicherung.

.....
Name und Anschrift Ihrer Krankenkasse

☐ Ich bin Mitglied bei einer privaten Krankenversicherung/Pflegeversicherung.

.....
Name und Anschrift Ihrer Krankenversicherung

5.2 Für die Ermittlung des Beitragszuschlags zur gesetzlichen Pflegeversicherung:
Haben oder hatten Sie ein leibliches Kind **oder** ein im Haushalt aufgenommenes Stiefkind, Pflegekind oder Adoptivkind?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja, wie viele Kinder haben das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet? Kinder
Bitte fügen Sie dem Antrag Nachweise bei (z.B. Geburtsurkunde o.Ä.)



- 5.3 Erhalten oder erhielten Sie von Ihrer Krankenkasse für Zeiten nach dem Beginn der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung Krankengeld?

☐ Nein

☐ Ja, vom bis

Lassen Sie die "[Anlage zum Antrag auf Betriebsrente](#)" von Ihrer Krankenkasse ausfüllen und fügen diese bei. Die Bescheinigung ist auch beizufügen, wenn Ihre Krankenkasse bereits mit dem gesetzlichen Rentenversicherungsträger abgerechnet hat.

☐ Anlage ist beigelegt

☐ Anlage wird nachgereicht

6. Sonstige Angaben

- 6.1 Sind oder waren Sie bei einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung (z.B. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, kommunale oder kirchliche Zusatzversorgungskasse) versichert oder haben Sie bei einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung Anwartschaften aus einem Eheversorgungsausgleich erworben?

☐ Nein

☐ Ja, für die Zeit

vom

bis

Zusatzversorgungseinrichtung

Versicherungs-Nr.

.....
.....
.....

Wenn die Beiträge für Versicherungszeiten erstattet wurden, müssen diese Zeiten nicht angegeben werden.

- 6.2 Waren Sie während Ihrer Mutterschutzzeiten in der Zusatzversorgungskasse pflichtversichert und beantragen Sie Berücksichtigung dieser Zeiten?

Nachweise für Kinder benötigen wir nicht, wenn im Rentenbescheid der gesetzlichen Rentenversicherung **Kindererziehungszeiten** oder **Berücksichtigungszeiten** für Kindererziehung ausgewiesen werden. Wenn Sie keinen Anspruch in der gesetzlichen Rentenversicherung haben, fügen Sie bitte Nachweise in Kopie bei, z.B. Bescheinigung über Mutterschaftsgeld oder Geburtsurkunde des Kindes.

☐ Nein

☐ Ja, Mutterschutzzeiten sollen für folgende Kinder berücksichtigt werden:

Name, Vorname

Geburtsdatum

Mutterschutzzeiten

von

bis

.....
.....
.....



- 6.3 Wird bereits eine Hinterbliebenenrente von unserer ZVK bezogen oder ist eine solche Leistung beantragt?

☐ Nein

☐ Ja,

Versicherungsnummer

Rentenbeginn

.....

.....

- 6.4 Steht die Beantragung der Betriebsrente im Zusammenhang mit einer Schädigung, die durch einen Dritten verursacht worden ist (z. B. einem Verkehrsunfall)?

☐ Nein

☐ Ja,

Geben Sie bitte Name und Anschrift des Schädigers und dessen Haftpflichtversicherung sowie Anschrift und Aktenzeichen der ermittelnden Staatsanwaltschaft an und füllen Sie die Anlage [„Abtretungserklärung“](#) aus.

Angaben zum Schädiger

Name, Vorname

Anschrift

.....
(PLZ/Ort)

.....
(Straße/Hausnummer)

Name der Versicherung

Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft



7. Erklärung des Antragstellers

7.1 Ich erkläre ausdrücklich, dass ich

- alle vorstehenden Fragen vollständig und nach bestem Wissen beantwortet habe,
- die Erwerbsminderung nicht vorsätzlich herbeigeführt habe,
- mit der Befriedigung des evtl. Ersatzanspruches meines Arbeitgebers – vgl. Teil B Ziffer 2.2 des Antrages – einverstanden bin,
- damit einverstanden bin, dass der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung über meine Rentenansprüche und das diesen zugrundeliegende Versicherungsverhältnis der Zusatzversorgungskasse der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (ZVK) gegenüber Auskunft erteilt,
- damit einverstanden bin, dass die für mich zuständige Krankenkasse der ZVK Auskunft über die Krankenversicherungspflicht, gezahlte Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, berücksichtigungsfähige Kinder (für den Zuschlag zum Pflegeversicherungsbeitrag), die Höhe und die Dauer des mir gezahlten Krankengeldes sowie über meine aktuelle Anschrift erteilt,
- damit einverstanden bin, dass meine Daten durch die ZVK erhoben, verwendet und gespeichert werden *.

7.2 Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, die ZVK sofort zu benachrichtigen, wenn nach der Antragstellung Änderungen eintreten, die den Rentenanspruch gem. § 48 Versorgungsordnung (siehe nachfolgend Anzeigepflichten) dem Grunde und der Höhe nach berühren und dass ich Überzahlungen, die durch Verletzung der Anzeigepflichten entstehen, sowie Leistungen, auf die ich keinen Anspruch habe, erstatten muss.

Anzeigepflichten der Empfänger von Betriebsrenten:

Gemäß § 48 Versorgungsordnung sind Versicherte und Betriebsrentenberechtigte verpflichtet, der Kasse eine Verlegung ihres Wohnsitzes oder dauernden Aufenthalts, einen Wechsel der Krankenkasse sowie jede Änderung von Verhältnissen, die ihren Anspruch dem Grunde oder der Höhe nach berühren können, unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Insbesondere sind mitzuteilen:

- die Versagung oder Beendigung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung,
- der Wegfall der Berufsunfähigkeit oder der Erwerbsminderung und die Änderung von voller in teilweise oder von teilweiser in volle Erwerbsminderung,
- die Änderung der Höhe der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung wegen Hinzuverdienst oder Teilrente,
- die Änderung der Rentenart in der gesetzlichen Rentenversicherung,
- sofern keine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen wird: der Bezug von Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen oder Erwerbssatzeinkommen (z. B. Arbeitslosengeld oder Krankengeld).

..... Datum Unterschrift des Rentenberechtigten (bei gesetzlicher Betreuung auch des Betreuers)

* Datenschutzerklärung:

Ihre Daten werden ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des Bundesdatenschutzgesetzes und der Datenschutzgrundverordnung, erhoben, verwendet und gespeichert.
Wir erheben, verwenden und speichern Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich für die rechtmäßige Bewilligung und Zahlbarmachung Ihrer Betriebsrente. Ferner werden sie nur dann an Dritte übermittelt, wenn wir aufgrund gesetzlicher oder tarifvertraglicher Regelungen zur Weitergabe verpflichtet sind (z.B. Finanzamt, Krankenkasse).



Teil B: Angaben des Arbeitgebers

Dieser Teil B ist nur dann beim Arbeitgeber einzureichen und **von diesem auszufüllen**, wenn bis zum Rentenbeginn eine Pflichtversicherung bestanden hat.

1. Angaben zum Ende der Versicherungspflicht

1.1 Das versicherungspflichtige Arbeitsverhältnis

- ☐ wurde/wird zum beendet.
- ☐ ruht ab weil der Versicherungsfall wegen Erwerbsminderung auf Zeit eingetreten ist.
- ☐ ist nicht beendet, weil

1.2 Aus diesem Arbeitsverhältnis steht bis zum Rentenbeginn laufendes zusatzversorgungspflichtiges Entgelt (einschließlich Anspruch auf Krankengeldzuschuss)

bis zum zu.

(Datum Beginn der Entgeltfortzahlung (1. Krankheitstag))

Überzahlte Bezüge, die als Vorschüsse auf die gesetzliche Rente gelten (z.B. § 22 TVöD), sind nicht zusatzversorgungspflichtig (siehe auch nachfolgend Ziffer 2.2).

1.3 Der Meldevordruck (Abmeldung)

- ☐ ist beigelegt. ☐ ist bereits übersandt.
- ☐ wird nachgereicht bis
- ☐ ist am über DATÜV erfolgt.
- ☐ wird am über DATÜV erfolgen.

Hinweis: Bei Erwerbsminderungsrenten benötigen wir zum Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung einen neuen Versicherungsabschnitt mit einer entsprechenden Aufteilung der Entgelte.

2. Sonstige Angaben zum Beschäftigungsverhältnis

2.1 Ist der Versicherungsfall durch einen Arbeitsunfall im Sinne der Vorschriften der gesetzlichen Unfallversicherung eingetreten? (Nur ausfüllen, wenn die Wartezeit nach § 32 Versorgungsordnung nicht erfüllt ist.)

- ☐ Nein
- ☐ Ja, Träger der gesetzlichen Unfallversicherung Aktenzeichen



2.2 Wird ein Ersatzanspruch auf die Betriebsrente geltend gemacht?

☐ Nein

☐ Ja, wegen überzahlter Bezüge für die Zeit
vom bis Euro insgesamt

.....

die tarifrechtlich als Vorschuss auf die Betriebsrente gelten.

Hinweis: Nach den Tarifverträgen gelten überzahlter Krankengeldzuschuss und sonstige Überzahlungen als Vorschuss auf die in **demselben** Zeitraum zustehenden Leistungen. Nur diese Leistungen können auf den Arbeitgeber übergehen.

Die Betriebsrente soll für den genannten Bezugszeitraum unter Angabe des

Aktenzeichens auf

IBAN
(Bankverbindung Arbeitgeber / Abrechnungsstelle)

Geldinstitut

überwiesen werden.

Auskunft erteilt Telefon
Vorwahl, Rufnummer

Mitglieds-Nr. E-Mail

.....
Datum

.....
Unterschrift

Dienstsiegel / Stempel

Anlagen:

.....

.....